

## **Antrag**

**des Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen**

### **Angebote im Bereich der Extremismusprävention für Erwachsene**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie sie das Gefährdungspotenzial von erwachsenen extremistischen Personen im Land für die Bevölkerung einschätzt;
2. wie hoch sie die Zahl der extremistischen Personen im Land über alle Phänomenbereiche hinweg einschätzt (bitte aufgegliedert in die unterschiedlichen Phänomenbereiche sowie die Altersgruppen 14 bis 17, 18 bis 24, 25 bis 35 sowie älter als 35 Jahre);
3. inwieweit ihr Erkenntnisse vorliegen, welche Altersgruppen aus welchen Gründen jeweils besonders empfänglich für extremistische Ideologien sind;
4. wie sich die Zahl der Angebote im Bereich der Extremismusprävention (Bildungsangebote, Präventionsprogramme und Ähnliches) für Erwachsene in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat (bitte unter Angabe der einzelnen Programme, der Träger sowie der Teilnehmerzahlen);
5. inwieweit sie die Zahl der Programme im Sinne der Fragestellung Ziffer 4 als ausreichend ansieht;
6. welchen Stellenwert sie Programmen für Extremismusprävention bei Erwachsenen bemisst;
7. wie sich die Ansprache der jeweiligen Zielgruppe zwischen Programmen für junge Erwachsene (18 bis 24 Jahre), Jugendliche sowie Programmen für Erwachsene unterscheidet;

8. inwieweit sie plant, bei der Ausgestaltung künftiger Programme für Extremismusprävention einen stärkeren Fokus auf die Gruppe der Erwachsenen zu legen;
9. inwieweit sie der Auffassung ist, dass zwischen der Vielzahl der Angebote für Extremismusprävention für Jugendliche und junge Erwachsene sowie der Zahl solcher Programme für Erwachsene eine Diskrepanz besteht;
10. welche Möglichkeiten sie der Digitalisierung bei der Ausgestaltung künftiger Programme für Extremismusprävention beimisst.

22.8.2022

Weinmann, Dr. Rülke, Haußmann, Bonath, Brauer, Heitlinger,  
Hoher, Fischer, Dr. Jung, Reith, Trauschel FDP/DVP

### Begründung

Bildungsangebote im Bereich der Extremismusprävention richten sich in erster Linie an Jugendliche bzw. junge Erwachsene. Dies ist aus vielen Gründen nahelegend, jedoch besteht nach Auffassung der Antragsteller ein Ungleichgewicht zu Ungunsten der Angebote für erwachsene Menschen. Mit diesem Antrag soll ein Überblick über die bestehenden Angebote für Erwachsene gegeben werden, um eventuelle Defizite aufzuzeigen.

### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 14. September 2022 Nr. IM3-0141.5-240/87 nimmt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sowie dem Ministerium der Justiz und für Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

- 1. wie sie das Gefährdungspotenzial von erwachsenen extremistischen Personen im Land für die Bevölkerung einschätzt;*

Zu 1.:

Das Gefährdungspotenzial, das von erwachsenen – dem Beobachtungsauftrag des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) unterfallenden – Personen für die Bevölkerung im Land, aber auch darüber hinaus für ganz Deutschland ausgeht, wird vom LfV im Grundsatz unverändert als hoch eingeschätzt. Dies gilt für alle vom LfV beobachteten Phänomenbereiche gleichermaßen und ist in der Regel politisch-konstitutioneller Natur: Diese Personen(-zusammenschlüsse) sind mehr oder minder offen bestrebt, die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu stürzen.

Die Gefahr, dass es Extremisten eines Beobachtungsobjekts des LfV in absehbarer Zeit gelingen könnte, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen, zu unterwandern oder nachhaltig zu schwächen, wird seitens des LfV allerdings als gering eingestuft. Dazu erscheinen die Schutzmechanismen der wehrhaften Demokratie als zu widerstandsfähig. Dennoch wird sich die bundesdeutsche Gesellschaft auch in Zukunft immer wieder die Gefahren der verschiedenen extremistischen Erscheinungsformen bewusst und mahnend vor Augen halten müssen – gerade auch in Krisenzeiten.

Das physische Gefährdungspotenzial von erwachsenen rechtsextremistischen Personen für die Bevölkerung ist weiterhin als hoch einzuschätzen. Die jüngste Vergangenheit hält Beispiele hierfür bereit: So verübte am 9. Oktober 2019 ein rechtsextremistisch-antisemitisch motivierter, mit Schusswaffen und Sprengsätzen bewaffneter Täter einen Anschlag auf eine Synagoge und auf einen Döner-Imbiss in Halle (Saale)/Sachsen-Anhalt. Er ermordete zwei Menschen und verletzte auf der Flucht zwei weitere schwer.

Im Fokus der politisch-ideologisch motivierten Gewaltbereitschaft baden-württembergischer und deutscher Rechtsextremisten stehen vor allem klassische Feindbildgruppen, darunter außereuropäische Migranten oder Deutsche mit Migrationshintergrund, aber genauso jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, „Linke“, demokratische Politiker oder Mitglieder der LGTBQ+-Community. Aufgrund der besonderen Gefährdung dieser Gruppen ist hier ein besonderes Augenmerk geboten.

Das Gefährdungspotenzial sowohl in Bezug auf den Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ als auch auf „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ variiert stark, da es sich um sehr heterogene Personengruppen handelt. Bei ca. 20 Prozent der Staatsdelegitimierer wird von einem positiven Verhältnis zur Gewalt ausgegangen, bei „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ trifft dies auf ca. 10 Prozent des Gesamtpersonenpotenzials zu.

Während innerhalb der gewaltorientierten linksextremistischen Szene Gewalt gegen Sachen in der Regel als legitim gilt, sind Gewalttaten gegen Personen szenenintern weiterhin umstritten. Mitunter begehen Linksextremistinnen und -extremisten auch Gewaltstraftaten und nehmen schwerste Personenschäden in Kauf, insbesondere bei selbst definierten politischen Gegnerinnen und Gegnern sowie Angehörigen der Polizei. Hinsichtlich des von Linksextremisten ausgehenden Gefährdungspotenzials unter dem Aspekt von Versuchen der Einflussnahme speziell auf einzelne Teile der Bevölkerung mit dem Ziel der langfristigen Anbindung an die eigene Szene wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

Im Phänomenbereich des Islamismus und hier besonders des Jihadismus ist das Gefährdungspotenzial von erwachsenen Personen nach wie vor erhöht. Im Erwachsenenalter haben sie häufig gefestigte Feindbilder, „den Westen“ und die westliche Lebensweise, die LGTBQ+-Community, jüdische Gemeinden, die „Ungläubigen“ und damit auch von salafistischen Vorstellungen abweichende islamische Konfessionen. Wie schnell auch Erwachsene sich jihadistischen Zielen verschreiben, machten zuletzt die Unterstützung und teilweise auch Ausreisen in die Gebiete des sogenannten Islamischen Staates deutlich.

Straftaten im Bereich „Auslandsbezogener Extremismus“ äußern sich in Baden-Württemberg (BW) insbesondere durch Sachbeschädigungen, Beleidigungen und Verstöße gegen das Vereinsgesetz. Grundsätzlich betrachten die als terroristisch eingestuften Organisationen, wie etwa die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), Gewalt als ein legitimes Mittel zur Erreichung ihrer Ziele. Dies zeigt sich, je nach Radikalität, in unterschiedlichen Aggressionsformen und Ausprägungen der Gewaltbereitschaft.

2. wie hoch sie die Zahl der extremistischen Personen im Land über alle Phänomenbereiche hinweg einschätzt (bitte aufgegliedert in die unterschiedlichen Phänomenbereiche sowie die Altersgruppen 14 bis 17, 18 bis 24, 25 bis 35 sowie älter als 35 Jahre);

Zu 2.:

Das LfV gibt für Baden-Württemberg ein etwa 10 500 Personen umfassendes extremistisches Personenpotenzial an. Altersmäßig verteilen sich die Personen prozentual wie folgt auf die einzelnen Phänomenbereiche:

Phänomenbereich	14–17 Jahre	18–24 Jahre	25–35 Jahre	Älter als 35
	%	%	%	%
<b>Auslandsbezogener Extremismus</b>	0,2	8,2	23,3	68,3
<b>Delegitimierung des Staates</b>	0	2,4	8	89,6
<b>Islamismus*</b>	0,2	6,6	35	25,3
<b>Linksextremismus</b>	1	24,8	44,8	29,5
<b>Rechtsextremismus</b>	0,6	7,3	31,3	60,8
<b>Reichsbürger und Selbstverwalter</b>	0,2	2,4	9,8	87,7
<b>Scientology</b>	0	5,1	24,4	70,5

\* Zu den in der Tabelle aufgeführten Personen aus dem Islamismus kommen noch diejenigen Personen hinzu, deren genaues Geburtsdatum nicht bekannt ist.

Deutlich wird, dass in nahezu allen Phänomenbereichen Extremisten über 25 Jahre eine sehr deutliche Mehrheit bilden. Im „Auslandsbezogenen Extremismus“, bei der Gruppe der Staatsdelegitimierer, den Rechtsextremisten, sowie „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ sind über 90 % der Anhängerinnen und Anhänger älter als 25 Jahre. Im Islamismus sind über 60 % der Anhängerinnen und Anhänger älter und im Linksextremismus immer noch mehr als 70 % älter als 25 Jahre.

3. inwieweit ihr Erkenntnisse vorliegen, welche Altersgruppen aus welchen Gründen jeweils besonders empfänglich für extremistische Ideologien sind;

Zu 3.:

Menschen sind grundsätzlich altersunabhängig immer dann besonders empfänglich für extremistische Ideologien, wenn sie sich in einer instabilen oder krisenbehafteten Lebenssituation befinden. Junge Menschen, deren Persönlichkeitsentwicklung noch nicht abgeschlossen ist, können davon genauso betroffen sein wie ältere Menschen, die beispielsweise sich aufgrund des Verlustes ihres Partners oder ihres Arbeitsplatzes oder aus anderen Gründen neu orientieren. In der jüngeren Vergangenheit haben die Corona-Pandemie und der Ausbruch des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine gezeigt, dass gerade auch unerwartete gesundheits- oder sicherheitspolitische Themenstellungen die Empfänglichkeit für extremistisches Gedankengut und Verschwörungsdenken erheblich verstärken können.

Grundsätzlich ist ein Abdriften in den Rechtsextremismus in jeder Lebensphase möglich. Beispielsweise sind rechtsextremistische Weltbilder gerade auch für Menschen attraktiv, die sich in einer Selbstfindungsphase befinden. Das trifft naturgemäß vor allem auf Jugendliche und junge Erwachsene zu. Hinzu kommt, dass manche Teilssegmente des deutschen Rechtsextremismus Einstiegsangebote machen, die erfahrungsgemäß ohnehin eher für junge Menschen attraktiv sind,

wie beispielsweise der subkulturelle Rechtsextremismus oder die rechtsextremistische Musikszene.

Insbesondere im Phänomenbereich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ wird angenommen, dass eher Personen höheren Alters für die extremistische Ideologie anfällig sind. Dies dürfte zum einen mit den starken und eher als „trocken“ empfundenen historischen Bezügen zusammenhängen, zum anderen mit den im Phänomenbereich oftmals zu beobachtenden biografischen Brüchen (Arbeitslosigkeit nach langer Beschäftigung, Scheitern der Ehe, etc.), die tendenziell eher im höheren Alter auftreten. Nichtsdestotrotz versuchen einige Gruppierungen aus dem Milieu, auch jüngere Personen zu adressieren, was vereinzelt funktioniert.

Im Phänomenbereich der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ lässt sich die Anfälligkeit bestimmter Altersgruppen noch nicht belastbar einschätzen. Erste Erkenntnisse weisen darauf hin, dass auch hier die Gruppe der über 35-Jährigen besonders anfällig sein könnte. Eine Radikalisierung erfolgt in diesem Phänomenbereich häufig über Verschwörungsideologien, mithilfe derer versucht wird, Krisen einzuordnen, die eigene Identität aufzuwerten und vermeintlich Schuldige für problematische (persönliche oder gesellschaftliche) Verhältnisse auszumachen. Förderlich für ein Abdriften in entsprechende Erzählungen können – neben dem Wirken kognitiver Verzerrungsmechanismen – persönliche Lebens- und Sinnkrisen und ein unzureichendes Verständnis von Funktionsweisen des Internets (Algorithmen, Seriosität von Online-Quellen und über Messengerdienste verbreitete Inhalte etc.) sein. Überdies erscheint der politische Frust, der oftmals mit der Staatsfeindlichkeit im Phänomenbereich einhergeht, über eine längere Zeit gewachsen zu sein. Jener Frust wird von extremistischen Verschwörungsideologien (und den Personen dahinter) in destruktiver Art kanalisiert und kann dazu führen, dass sich Menschen radikalieren, die zuvor lediglich unzufrieden waren, jedoch noch keinen Kontakt mit extremistischen Inhalten und Strukturen hatten.

Im Bereich des Linksextremismus sind vor allem junge Erwachsene von 18 bis ca. 25 Jahren sowie Schülerinnen und Schüler im Alter von 16 bis 18 Jahren besonders empfänglich für das dort verbreitete verfassungsfeindliche Gedankengut. Dies liegt zum einen am Zugang zu linksextremistischen Gruppierungen direkt vor Ort und vor allem über die Anbindung an „linke“ Zentren, in denen Treffen und teils öffentliche Versammlungen abgehalten werden. Zum anderen rufen diese Gruppierungen über eigene Accounts und Kanäle in den sozialen Medien, in denen sie über das Posten von Bildern und Videos, die in weiten Teilen mobilisierenden Charakter haben, zu Protesten und Demonstrationen auf. Gerade den autonomen, anarchistischen und antiimperialistischen Gruppen kommt dabei noch zugeute, dass ihre Aktionsfelder wie der „Kampf“ gegen Faschismus, Globalisierung, Kapitalismus, Militarismus oder der „Kampf“ gegen Gentrifizierung in weiten Teilen dieser beiden Altersgruppen besonders anschlussfähig sind. So sind diese Themen auch oft Aufgabeninhalte zivilgesellschaftlicher Bündnisse, an die Linksextremisten wiederum andocken wollen oder an denen sie bereits mitwirken.

Bei den Anhängerinnen und Anhängern und Mitgliedern linksextremistischer Parteien handelt es sich hingegen oftmals um lebensältere Personen. Sie sind bereits seit vielen Jahren, manchmal sogar jahrzehntelang – und damit gleichsam traditionell – in diesen Parteien aktiv, zumeist jedoch nur als „stille“ Mitglieder. Zwar betreiben auch die linksextremistischen Parteien Nachwuchsarbeit über ihre Jugendverbände, bislang allerdings nur mit mäßigem Erfolg.

Im Bereich des Islamismus hat die Radikalisierungsforschung der vergangenen Jahre gezeigt, dass eine Annahme islamistischer Ideologien in jedem Alter stattfinden kann. Es sind bestimmte Lebenssituationen, in denen Menschen ansprechbar sind, beispielsweise in persönlichen Krisensituationen oder Identitätskrisen. Im Internet und in den sozialen Medien folgen Salafisten den jeweiligen Trends und sind dort sehr präsent. Dabei nutzen sie Jugendsprache, thematisieren Alltagsereignisse und präsentieren einfache Antworten und Lösungen. Auch lebensältere Personen lassen sich von islamistischem Gedankengut ansprechen. Häufig geht es hier um Sinnangebote. Da im Islamismus religiöse Themen in einer be-

sonders vereinfachten und eindeutigen Art formuliert werden, sind diese besonders attraktiv. Sie vermeiden jegliche Ambivalenzen und bieten klare Feindbilder oder Regeln. Hinzu kommen Gruppendynamiken, die altersunabhängig eine verschworene Gemeinschaft betonen, die als einzige den „wahren Islam“ in einer nichtislamischen Umwelt lebt.

Aufgrund mehrerer Faktoren sind im auslandsbezogenen Extremismus alle Altersgruppen empfänglich für extremistische Ideologien. Die oft Jahrzehnte andauernden Konflikte im Ausland, beispielsweise der Konflikt zwischen der Türkei und der PKK, verfestigen die ideologischen Gegensätze unter ihren Anhängern auch in Deutschland. Hinzu kommt, dass die Anhänger auslandsbezogener extremistischer Gruppierungen oftmals starke familiäre und ethnische Bindungen aufweisen. Eine Sozialisation der Kinder und Jugendlichen in diesen Milieus führt in vielen Fällen zu einer Übernahme der dort vorherrschenden extremistischen Ideologien und Feindbilder. Die Kinder- und Jugendarbeit stellt für diese Organisationen daher ein zentrales und langfristig bedeutsames Betätigungsfeld dar.

Neben der Sozialisation innerhalb der Milieus gehören die Anwerbung neuer erwachsener Anhänger und im Falle terroristischer Organisationen die Rekrutierung neuer Kämpfer zu den zentralen Handlungsfeldern dieser Gruppierungen. Beispielsweise werben PKK-nahe Strukturen im Internet regelmäßig für ihre Organisationen und rufen zu Aktionen auf. Durch direkte Kontaktaufnahme auf Großveranstaltungen werden als geeignet angesehene Frauen und Männer Schritt für Schritt an Freizeitaktivitäten und ideologische Schulungen herangeführt.

Im Erwachsenenalter treten die Personen, auch wenn sie sich ansonsten weiter an den Aktivitäten extremistischer Organisationen beteiligen, weniger durch Aktionismus und Gewaltbereitschaft in Erscheinung. Vielmehr verfestigen sich die in der Jugend erlernten Feindbilder und Denkmuster und bieten wiederum die Grundlage für die Sozialisation der nächsten Generation. Dem Vereinsleben bleiben die Älteren in unterschiedlichem Maße treu, abhängig beispielsweise von ihrer familiären und ethnischen Einbindung oder der persönlichen Betroffenheit. Vor dem Hintergrund langanhaltender Konflikte im Ausland, der traditionellen Verbundenheit und der ideologischen Grundüberzeugung bleiben die Aktivitäten extremistischer Organisationen für einen großen Teil ihrer Anhänger ein Leben lang prägend.

Die „Scientology-Organisation“ (SO) und die von ihr vermittelten Inhalte können grundsätzlich auf Menschen jeglichen Alters ansprechend wirken. Dies gelingt ihr einerseits durch das inhärente Konzept individueller Selbstoptimierung sowie andererseits mithilfe ihrer zahlreichen Unter- bzw. Tarnorganisationen, die unterschiedliche gesellschaftlich relevante Themen aufgreifen. Eine ergänzende Dynamik ergibt sich jedoch vor dem Hintergrund ihres postulierten Selbstverständnisses als Religion. Dieses wird durch Angebote von Namensgebungs- und Eheschließungs-Zeremonien unterstrichen. Dadurch begünstigt, umfasst die Anhängerschaft der SO auch zahlreiche Familien, die ihr bereits in zweiter oder dritter Generation angehören. Auf diese Weise können Kinder von klein auf mit der Ideologie der SO in Kontakt kommen und verbleiben – bisweilen lebenslang – in der Organisation.

4. wie sich die Zahl der Angebote im Bereich der Extremismusprävention (Bildungsangebote, Präventionsprogramme und Ähnliches) für Erwachsene in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat (bitte unter Angabe der einzelnen Programme, der Träger sowie der Teilnehmerzahlen);

Zu 4.:

Die Zahl der Angebote und ihre Entwicklung in den letzten fünf Jahren wurden folgend anhand der angefragten Kriterien in einer Tabelle<sup>1</sup> graphisch aufbereitet.

Lfd. Nr	Ressort/ Behörde	Zeitraum	Programmname	Träger	TN	Zuordnung
1	JuM	seit 2017	PräWo Justiz Workshop-Reihen im Justizvollzug für junge radikalisierungsanfällige Inhaftierte	Violence Prevention Network e. V.	ca. 20 bis 40 TN/Jahr	Präventionsprogramm
2	JuM	seit 2019	„spiel.raum“ – Prävention von Islamismus in Justizvollzugsanstalten in BW	Sozialberatung Stuttgart e. V.	ca. 20 TN/Jahr	Präventionsprogramm
3	JuM	2016/2018/2020	Wanderausstellung „Lasst mich ich selbst sein – Anne Franks Lebensgeschichte“ in Justizvollzugsanstalten	Anne Frank Zentrum e. V.	n. b.	Bildungsangebot
4	SM	seit 2017	LEUCHTLINIE Beratung für Betroffene von rechter Gewalt in BW im Demokratiezentrum BW im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie Leben!	Türkische Gemeinde BW e. V.	493 TN 2017: 87 2018: 74 2019: 98 2020: 110 2021: 124	Ähnliches
5	SM	seit 2017	Meldestelle „REspect!“ im Rahmen des Demokratiezentrum BW im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie Leben!	Jugendstiftung BW	14955 TN 2017: 666, 2018: 1 841 2019: 3 195 2020: 3 844 2021: 5 409	Ähnliches
6	SM	seit 2019	Meldestelle „#Antisemitismus“ im Rahmen des Demokratiezentrum BW im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie Leben!	Jugendstiftung BW	648 TN: 2019: 28, 2020: 188 2021: 432	Ähnliches
7	SM	seit 2015	Fachstelle ExtremismUSDistanzierung im Demokratiezentrum BW im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie Leben!	Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/ Streetwork BW e. V.	unterschiedliche Zahl an TN	Präventionsprogramm
8	SM	seit 2015	Fachstelle mobirex - Monitoring, Bildung, Information zur extremen Rechten, GMF und zum Antifeminismus in BW - des Demokratiezentrum BW im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie Leben!	Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung BW e. V.	unterschiedliche Zahl an TN	Bildungsangebot

<sup>1</sup> Folgende Abkürzungen sind in der Tabelle enthalten: Baden-Württemberg (BW), Staatsministerium (StM), Ministerium der Justiz und für Migration BW (JuM), Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen BW (IM), Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration BW (SM), Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW (KM), Landeszentrale für politische Bildung (LpB), Ravensburg (RV), Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ (KA), Koordinierungsstelle „Präventiv und Offensiv gegen Hasskriminalität, Antisemitismus und Extremismus“ (KoSt PolAr), Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex), Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA), Programm Polizeiliche Kriminalprävention des Bundes und der Länder (PropK), Politisch motivierte Kriminalität (PMK).

Lfd. Nr	Ressort/ Behörde	Zeitraum	Programmname	Träger	TN	Zuordnung
9	SM	seit 2015	Fachstelle Kompetent vor Ort – gegen Rechts-extremismus des Demokratie-zentrums BW im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie Leben!	Jugendstiftung BW	unterschiedliche Zahl an TN	Ähnliches
10	IM	2018	Fachtag „Evaluation deradikalisierender Maßnahmen (2018)“	Konex in Kooperation mit DeGEval e. V.	ca. 40 TN	Bildungsangebot
11	IM	2019	Fachtag ANTISEMITISMUS Jüdisches Leben in Deutschland zwischen Sicherheit und Unsicherheit	Konex in Kooperation mit IRG Württembergs	ca. 200	Bildungsangebot/ Sekundärprävention
12	IM	2020	Fachtag ANTISEMITISMUS 2.0 – Hass. Hetze. Handeln (Onlineveranstaltung)	Konex in Koop. mit IRG Baden	ca. 1 600	Bildungsangebot/ Sekundärprävention
13	IM	2021	Fachtag zur Amtseinführung Polizeirabbiner (Präsenzveranstaltung in Kombination mit Online)	Konex	ca. 200	Bildungsangebot/ Sekundärprävention
14	Polizei BW	2022	Fachtag Islamismus in Deutschland – Quo Vadis?	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart in Koop. mit Konex, LKA, SM und Demokratiezentrum BW	ca. 100	Bildungsangebot
15	Polizei BW	seit 2001	PMK-Standardvortrag, incl. PMK-Memoriespiel, das Abbildungen einschlägig relevanter Erkennungs- und Radikalisierungszeichen, Logos und Symbolen aus allen PMK-Phänomenbereichen enthält (Vortragskonzept)	Referat Prävention (LKA)	15.594 TN 2017: 4 692 2018: 3 582 2019: 2 792 2020: 812 2021: 1 144 2022: 1 572	Präventionsprogramm



Lfd. Nr	Ressort/ Behörde	Zeitraum	Programmname	Träger	TN	Zuordnung
16	Polizei BW	seit 2001	Sicher in Glaubensgemeinschaften – Bevölkerungsgruppen und Betroffene von vorurteilsbedingter Kriminalität (Vortragskonzept)	Referat Prävention (LKA)	n. b.	Präventionsprogramm
17	Polizei BW	seit 2004	‘Polizei und Muslime – Bevölkerungsgruppen und Betroffene von vorurteilsbedingter Kriminalität (Vortragskonzept)	Referat Prävention (LKA)	n. b.	Präventionsprogramm
18	Polizei BW	seit 2019	Sicher. Unterwegs – Frauenfeindlichkeit (PMK)	Referat Prävention (LKA)	7278 TN 2019: 4 264 2020: 1 438 2021: 927 2022: 649	Präventionsprogramm
19	Polizei BW	n. b.	Social Media Pakete für Facebook, Instagram und Twitter – Diese und weitere Inhalte werden über die Social-Media-Kanäle der Polizei BW einer breiten Zielgruppe verfügbar gemacht	ProPK	n. b.	Präventionsprogramm
20	Polizei BW	seit 2021	interaktives Video ‘Chris + Lea’-Filmszenen zur Aufklärung über antisemitische Verschwörungstheorien und zur Stärkung der Zivilcourage	ProPK	n. b.	Präventionsprogramm
21	Polizei BW	seit 2018	phänomenübergreifende Fortbildungskonzepte für Fachkräfte, die mit (potenziell) radikalisierten Personen arbeiten oder mit solchen Personen Kontakt haben (u. a. aus den Ressorts des JuM, SM und IM)	Konex	510 TN 2018: 90 2019: 70 2020: 110 2021: 120 2022: 120 (Stand Mai)	Präventionsprogramm
22	Polizei BW	seit 2019	Zentrale Ansprechstelle für Amts- und Mandatsträger (ZAMAT) eine Erstberatung und Gefährdungseinschätzung	LKA BW	n. b. 2018: 10–20 TN 2019 – 22: 100–200 TN	Ähnliches

Lfd. Nr	Ressort/ Behörde	Zeitraum	Programmname	Träger	TN	Zuordnung
23	KA	seit 2022	Internetseite (www.initiative-toleranz-im-netz.de): - Auflistung von Hilfsangeboten für Betroffene von Hasskriminalität - zielgruppenorientierte Bildungsangebote - verschiedene Meldestellen	Task Force „Gegen Hass und Hetze“	n. b.	Ähnliches
24	KA	2022	Mit einem Aktionstag in Form eines „Live Q&A“ wurden Fragen rund um das Thema Hasskriminalität beantwortet. Unter anderem wurde aufgezeigt, was man bei einer Anzeigenerstattung beachten sollte und welche Hilfsangebote es für Betroffene gibt.	Task Force „Gegen Hass und Hetze“	n. b.	Ähnliches
25	KA	2022	Fachtag zu Hasskriminalität im Internet inkl. Online Übertragung	KoSt Po- lAr/ Konex	ca. 80 TN (zzgl. 1 030 Online- Aufrufe)	Ähnliches
26	KA	2022	Social Media Kampagne „gemeinsam für Vielfalt und Toleranz in BW“ inkl. Gewinnspiel	KoSt Po- lAr	n. b.	Ähnliches
27	LpB	seit 2017	Stuttgarter Präventionsgespräche	LpB und Ev. Bil- dungszent- rum Hospi- talfhof und Stuttgarter Jugend- hausgesell- schaft	ca. 550 TN	Präventions- programm
28	LpB	seit 2017	Argumentationstrainings „kompetent gegen rechte Sprüche“	LpB, Fach- bereich Team meX	ca. 3 600 TN	Präventions- programm
29	LpB	seit 2017	Vorträge zu extremistischen Phänomenbereichen	LpB, Fach- bereich Team meX	ca. 3 000 TN	Bildungsan- gebot

Lfd. Nr	Ressort/ Behörde	Zeitraum	Programmname	Träger	TN	Zuordnung
30	LpB	seit 2018	Workshops „Grundlagen der Demokratie“ für Einführungslehrgänge im Mittleren Dienst des Justizvollzugs	LpB und Bildungszentrum Justizvollzug BW	ca. 700 TN	Präventionsprogramm
31	LpB	seit 2018	Fortbildungen für Lehrkräfte zu unterschiedlichen extremistischen Phänomenbereichen	LpB und Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung	ca. 150 TN	Präventionsprogramm
32	LpB	seit 2019	Vorträge und Fortbildungen zu Antisemitismus und zu Verschwörungsmethoden	LpB, Fachbereich Team meX	ca. 2 400 TN	Bildungsangebot
33	LpB	seit 2019	Fortbildungen „Extrem demokratisch. Umgang mit antidemokratischen Äußerungen in der Jugendsozialarbeit im Übergang Schule-Beruf“	LpB und Kommunalverband für Jugend und Soziales	ca. 100 TN	Präventionsprogramm
34	LpB	2017	Workshopreihe „Demokratie bedeutet Mitbestimmung – Demokratie benötigt Unterstützung!“	LpB und IG Metall	ca. 100 TN	Präventionsprogramm
35	LpB	2017	Fachtagung „Umgang mit Reichsbürgern“	LpB und Landesamt für Verfassungsschutz und Gemeindetag BW	ca. 150 TN	Präventionsprogramm
36	LpB	2017	Fachtagung „Salafismus heute“	LpB und Bundeszentrale für politische Bildung	ca. 300 TN	Bildungsangebot
37	LpB	2017	Seminar „Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus: Wie wir couragiert handeln können“	LpB und Katholische Erwachsenenbildung Reutlingen	ca. 25 TN	Bildungsangebot

Lfd. Nr	Ressort/ Behörde	Zeitraum	Programmname	Träger	TN	Zuordnung
38	LpB	2017	Seminarreihe für Bundeswehr „Rechtsextremismus erkennen – demokratisch handeln“	LpB	ca. 50 TN	Präventionsprogramm
39	LpB	2018	Fortbildungsreihe „Extremismus erkennen – demokratisch handeln“	LpB und VHS-Verband	ca. 20 TN	Präventionsprogramm
40	LpB	2018	Fachtagung „Antidiskriminierungsarbeit und Extremismusprävention in der Schulentwicklung“	LpB und adis. e. V.	ca. 100 TN	Bildungsangebot
41	LpB	2018	Fachtag „Wahrnehmen – Benennen – Handeln Umgang mit Antisemitismus an Schulen“	LpB und Kultusministerium	ca. 90 TN	Bildungsangebot
42	LpB	2019	Fachtagung „Mit uns oder gegen uns! Umgang mit demokratiefeindlichen Heimat- und Identitätskonstruktionen“	LpB und LfV	ca. 70 TN	Bildungsangebot
43	LpB	2019	Vortrag: „Demokratie und ihre Gefährdungen“	LpB und Katholische Erwachsenenbildung Kreis: RV	ca. 50 TN	Bildungsangebot
44	LpB	2019	Fortbildung: Demokratie im Strafvollzug	LpB und Bildungszentrum Justizvollzug BW	ca. 20 TN	Bildungsangebot
45	LpB	2019	Qualifizierung von Engagierten der Initiative Frühlingserwachen	LpB	ca. 15 TN	Präventionsprogramm

Lfd. Nr	Ressort/ Behörde	Zeitraum	Programmname	Träger	TN	Zuordnung
46	LpB	2019	Fortbildung „Umgang mit extremistischen Störungen von Veranstaltungen“	LpB und Akademie der Erzdiözese Rotenburg-Stuttgart	ca. 12 TN	Bildungsangebot
47	LpB	2020	Online-Fortbildung: „Die Coronakrise und antisemitische Verschwörungsmymen“	LpB	ca. 25 TN	Bildungsangebot
48	LpB	2020	Online-Vortrag: Antifeminismus als Einstiegstor in extrem rechtes Denken	LpB und Evangelische Frauen in Württemberg (EFW)	ca. 25 TN	Bildungsangebot
49	LpB	2020	Webtalk: „Zwischen Meinungsfreiheit und Verschwörungsmymen“	LpB	ca. 60 TN	Bildungsangebot
50	LpB	2021	Online-Fortbildung: „Wie Rechtsextreme reden“	LpB und Kreisbildungswerk der Evangelischen Kirche in Stuttgart	ca. 35 TN	Bildungsangebot
51	LpB	2021	Vortrag: „Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus“	LpB	ca. 30 TN	Bildungsangebot
52	LpB	2021	Vortrag: Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Bundeswehr und der Gesellschaft	LpB und Bundeswehr	ca. 50 TN	Bildungsangebot
53	LpB	2021	Vortrag: „Kann Kirche die Demokratie stärken?“	LpB und Ökumenisches Männerwerk Jettingen	ca. 15 TN	Bildungsangebot

Lfd. Nr	Ressort/ Behörde	Zeitraum	Programmname	Träger	TN	Zuordnung
54	LpB	2021	Fortbildung: Werte verteidigen	LpB und Bundeswehr	ca. 45 TN	Bildungsangebot
55	LpB	2022	Fortbildung: Politische Predigt in Zeiten der gesellschaftlichen Polarisierung	LpB und Evangelische Landeskirche Württemberg	ca. 12 TN	Bildungsangebot
56	LpB	2022	Vortrag: wehrhafte Demokratie – Die demokratischen Kräfte der Zivilgesellschaft stärken	LpB und Stadtverwaltung Reutlingen	ca. 30 TN	Bildungsangebot
57	LpB	2018/2019	Fortbildungsreihe „Widerspruchstoleranz – gegen Antisemitismus“	LpB und Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus	ca. 20 TN	Präventionsprogramm
58	LpB	2018 bis 2021	Ausbildung Betzavta-Trainer	LpB und Diversity Works	ca. 15 TN	Ähnliches
59	LpB	2019/2020	Fachtagungen „Mädchen. Muslimisch. Mehr. Lebenswelten zwischen Diskriminierung und Empowerment“	LpB und Aktions Jugendschutz und LAG Mädchenpolitik	ca. 120 TN	Bildungsangebot
60	LpB	2019 bis 2021	Vorträge: aktuellen Linksextremismus verstehen	LpB und Akademie der Polizei	ca. 90 TN	Bildungsangebot
61	LpB	2019 bis 2021	Vorträge: aktuellen Rechtsextremismus verstehen	LpB und Akademie der Polizei	ca. 90 TN	Bildungsangebot

Lfd. Nr	Ressort/ Behörde	Zeitraum	Programmname	Träger	TN	Zuordnung
62	LpB	2019 bis 2021	Gemeinsame Schulungen für polizeiliche Ansprechpartner für Israelitische Religionsgemeinschaften	LpB und Konex	ca. 30 TN	Präventionsprogramm
63	LpB	2020/2021	Online-Ringvorlesung „Demokratie gestalten! Herausforderungen für zentrale Handlungsfelder demokratischer Bildung“	LpB und Hochschule Esslingen	ca. 450 TN	Präventionsprogramm
64	LpB	2020 bis 2022	Reihe zu 1 700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland mit dem Schwerpunkt auf Antisemitismus	LpB und Evangelisches Bildungszentrum Hospitalhof, evangelische Akademie Bad Boll, IRG	ca. 500 TN	Bildungsangebot

Dabei ist zu beachten, dass aufgrund der pandemiebedingten Beschränkungen in den Jahren 2020 und 2021 insgesamt deutlich weniger Veranstaltungen durchgeführt wurden.

Das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) bietet gemeinsam mit seinen Netzwerkpartnern Informationen und Beratung gegen politisch und religiös motivierten Extremismus. Das konex ist hierbei vorrangig für Sekundär- und Tertiärprävention im Bereich der Extremismusbekämpfung zuständig.

In diesem Zusammenhang wurden seit dem zweiten Quartal 2018 beim konex sukzessive die Ausstiegsprogramme für die Bereiche Rechtsextremismus, ab dem vierten Quartal 2018 Islamismus sowie zum dritten Quartal 2020 Linksextremismus und Auslandsbezogener Extremismus aufgebaut. Diese Ausstiegsprogramme richten sich an Ausstiegswillige, die sich freiwillig aus diesen extremistischen Szenen lösen wollen, sowie an deren enges soziales Umfeld.

Die Ausstiegsprogramme richten sich grundsätzlich an erwachsene Personen. Anfragen in Bezug auf minderjährige Personen werden in der Regel an die fachlich zuständigen Stellen im Land weitervermittelt. Minderjährige werden beim konex nur in Einzelfällen und mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten beraten.

Hinsichtlich der Ausstiegsberatung hatte konex im Jahr 2018 eine niedrige zweistellige Anzahl an phänomenbezogenen Vorgängen zu verzeichnen. In den Jahren 2019 bis zum August 2022 bewegte sich die Anzahl an Vorgängen jeweils im niedrigen dreistelligen Bereich. Vorgänge umfassen beispielsweise Hotline-Anrufe, Einmal- und Verweisberatungen, Klärungssachverhalte und Beratungsverhältnisse, bei denen jeweils mindestens eine erwachsene Person durch das konex beraten wurde. Die Ausstiegsberatung ist ein langwieriger Prozess und kann über mehrere Jahre andauern, weshalb es zu statistischen Doppelerfassungen kommen kann.

Darüber hinaus bietet das konex für interessierte Fachkräfte und Einrichtungen bundes- und landesweit zahlreiche Fachvorträge zum Thema Extremismusprävention an.

*5. inwieweit sie die Zahl der Programme im Sinne der Fragestellung Ziffer 4 als ausreichend ansieht;*

Zu 5.:

Die Anzahl der Programme richtet sich vorwiegend nach den Bedarfen der Zielgruppe. Beobachtet werden überregional auftretende Entwicklungen und Problemstellungen, die in entsprechende Programme integriert werden. Ein Beispiel ist das Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA), das in einer landesweiten Fachgruppe „Politisch motivierte Kriminalität (PMK)-Prävention“ aktuelle Entwicklungen bearbeitet und abstimmt. Ziel ist es, ein landesweit einheitliches Angebot zur Verfügung zu stellen. Insbesondere das Vortragskonzept zu PMK und Radikalisierungstendenzen, werden stetig an die entsprechende Zielgruppe sowie lage- und brennpunktorientierten Bedarfe angepasst.

Ein weiteres Beispiel ist das konex, das mit seinem phänomenübergreifenden, interdisziplinären Team und seinen Aufgabenbereichen Landesbildungszentrum Deradikalisierung BW (LBZ Derad), Angewandte Wissenschaft, Beratung und Strategie/Grundsatzangelegenheiten sowie mit seinen Netzwerkpartnern im ständigen Austausch steht und wissenschaftliche und praktische Expertise im Bereich der Sekundär- (für gefährdete Personen) und Tertiärprävention (für bereits radikalisierte Personen) zur Verfügung stellt. Dabei werden notwendige Handlungsbedarfe in der Extremismusprävention identifiziert und ggf. Konzeptionen (weiter-) entwickelt.

Darüber hinaus ist die konkrete Art der Umsetzung auch von den zur Verfügung gestellten Mitteln des Haushaltsgesetzgebers abhängig.

*6. welchen Stellenwert sie Programmen für Extremismusprävention bei Erwachsenen bemisst;*

Zu 6.:

Extremismus besteht in unterschiedlichen Phänomenbereichen und mit verschiedenen politischen sowie religiösen und weltanschaulichen Bezugspunkten. Für unterschiedliche Formen und Ausprägungen von Extremismus sind dementsprechend auch unterschiedliche Angebote der Prävention und Bearbeitung einschlägig. Der Fokus und die Ansatzpunkte bestehender Programme und Angebote zur Extremismusprävention ergeben sich aus identifizierten Bedarfslagen.

So befinden sich Jugendliche und junge Erwachsene hinsichtlich der Herausbildung ihrer politischen Einstellungen in einer formbaren und ggf. vulnerablen Phase. Auch besteht mit dem Erreichen der Volljährigkeit eine wesentliche Schwelle für die politische Partizipation. Aus diesen Gründen ergibt sich die Bedeutung entsprechender Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene. Bestehende Programme, wie beispielsweise das Bundesprogramm Demokratie Leben!, in dessen Rahmen das Demokratiezentrum BW gefördert wird, knüpfen hieran an, indem die Förderrichtlinien insbesondere auf Maßnahmen und Projekte für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie deren Bezugspersonen und weitere relevante Personengruppen abzielen.

Allerdings gilt weiterhin, dass extremistische Einstellungen Dynamiken unterliegen, die sich beispielsweise aus Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Situation ergeben. Hieraus folgt, dass Formen und Bezugspunkte von Extremismus neu entstehen bzw. in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung neu oder verstärkt hervortreten können. Beispiele hierfür sind das Umgreifen von Verschwörungsdanken und weitere Formen der Radikalisierung, die u. a. mit Bezug zur Coronapandemie auch unter Erwachsenen zu beobachten sind. Aus der Dynamik und Veränderlichkeit der Erscheinungsformen von Extremismus ergibt sich, dass auch die Ansatzpunkte für Programme und Maßnahmen für den Umgang und die Bekämpfung von Extremismus nicht statisch sein können, sondern sich in ihren Ansatzpunkten und Zielgruppen fortentwickeln. Dies gilt auch mit Blick auf die



Entwicklung von Ansatzpunkten und Maßnahmen für Angebote der Extremismusprävention mit der Zielgruppe der Erwachsenen.

In der wissenschaftlichen Debatte ist anerkannt, dass sich beispielsweise die Syndromelemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) nicht auf junge Menschen konzentrieren. Jedoch wurden entsprechende Haltungen und Einstellungen Erwachsener in der Vergangenheit eher selten offensichtlich. Über die zunehmende Nutzung Sozialer Medien änderte sich dies: Im Gegensatz zum direkten Gespräch sind Äußerungen am „digitalen Stammtisch“ dokumentiert und werden auch durch nicht direkt Beteiligte wahrgenommen, woraus sich eine Dynamik der Radikalisierung ergeben kann (z. B. demokratiedelegitimierende Bestrebungen von Reichsbürgern/Selbstverwaltern oder durch breitere gesellschaftliche Protestbewegungen).

Die Landesregierung hat zur Bekämpfung des Phänomens Hasskriminalität u. a. den Kabinettsausschuss ‘Entschlossen gegen Hass und Hetze‘ (KA) unter Vorsitz des Innenministeriums und die Einrichtung der ‘Task Force gegen Hass und Hetze‘ beim LKA BW umgesetzt. Die von diesen Gremien angegangenen ersten Maßnahmen unterstreichen den hohen Stellenwert des präventiven, aber auch gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. So wurde beispielsweise die Social-Media-Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt und Toleranz in BW“ gestartet, die vorwiegend mit Erwachsenen durchgeführt wurde, um auch diese Zielgruppe konkret anzusprechen. Weitere beispielhafte Maßnahmen können der Tabelle zu Frage 4 entnommen werden.

*7. wie sich die Ansprache der jeweiligen Zielgruppe zwischen Programmen für junge Erwachsene (18 bis 24 Jahre), Jugendliche sowie Programmen für Erwachsene unterscheidet;*

Zu 7.:

Die Ansprache der Zielgruppen erfolgt maßgeblich mit Blick auf einen erfolgreichen Zugang zu den Personen (fokussiert auf deren jeweilige Interessen und Bedarfe) sowie im Kontext der Ziele des jeweiligen Programms und der Projekt- bzw. Programminhalte. Das Alter der jeweiligen Zielgruppe spielt u. a. hinsichtlich der verwendeten Sprache, aber auch in Bezug auf geeignete Kommunikations- und Zugangswege eine Rolle. Dies gilt sowohl für die angewendete (Schul-) Didaktik als auch für die Öffentlichkeitsarbeit. Je nach Zielgruppe ist für die Umsetzung der Angebote Expertise aus unterschiedlichen Bereichen notwendig.

Gerade im Bereich der Kinder und Jugendlichen bedarf es einer angemessenen didaktischen Reduktion der mitunter belastenden Inhalte und einer zielgruppenspezifischen Ansprache. Sowohl bei Kindern und Jugendlichen als auch bei jungen Erwachsenen ist weiterhin auch die häufige Kontaktaufnahme durch Personen aus dem extremistischen Bereich über Social Media zu beachten. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssen für diese besonderen Formen der Beeinflussung sensibilisiert werden und gegebenenfalls angemessen darauf reagieren können.

So sind etwa (sozial-)pädagogische Erfahrung (u. a. bei der Arbeit mit Jugendlichen) sowie Erfahrung mit verschiedenen Beratungsformen (beispielsweise in der Opfer- und Extremismusberatung) von Bedeutung, wobei sich mit Blick auf die jeweilige Zielrichtung auch unterschiedliche Arten der Ansprache durch die Fachpersonen ergeben.

Weiteren Einfluss hat die Erreichbarkeit der Zielgruppen. Während Jugendliche und junge Erwachsene über (Berufs-)Schulen zuverlässig angesprochen werden können, sind Angebote für Erwachsene in der Regel freiwillig: So müssen diese Angebote attraktiv in Kooperation mit Akteuren vor Ort (Volkshochschulen, Kommunen, kirchliche Erwachsenenbildung etc.) gestaltet oder in Kooperation mit berufsbezogenen Fortbildungseinrichtungen (Kommunalverband Jugend und Soziales, Bildungszentrum Justizvollzug, Hochschule für Polizei BW etc.) angeboten werden. Auf diesem Wege kann jedoch nur ein kleiner Ausschnitt dieser

Bevölkerungsgruppe erreicht werden, sodass der Fokus, u. a. in der Extremismusprävention der Polizei aber auch bei der Landeszentrale für politische Bildung (LpB), eher auf Schulungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (z. B. Personal in Schulen und in Jugendeinrichtungen, Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes, interessierte Erwachsene, die sich in ihrem Lebensumfeld gegen Extremismus engagieren wollen) und Aufklärungsveranstaltungen für eine interessierte Öffentlichkeit liegt. Hierfür wird ein breites Netzwerk von Akteurinnen und Akteuren der Extremismusprävention eingebunden.

*8. inwieweit sie plant, bei der Ausgestaltung künftiger Programme für Extremismusprävention einen stärkeren Fokus auf die Gruppe der Erwachsenen zu legen;*

*9. inwieweit sie der Auffassung ist, dass zwischen der Vielzahl der Angebote für Extremismusprävention für Jugendliche und junge Erwachsene sowie der Zahl solcher Programme für Erwachsene eine Diskrepanz besteht;*

Zu 8. und 9.:

Die Ziffern 8 und 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Für die Ausgestaltung künftiger Programme ist die Identifizierung und ggf. auch wissenschaftliche Erhebung entsprechender Bedarfe in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen, der sich verändernden Lage im Bereich der politisch motivierten Kriminalität und entsprechender Radikalisierungstendenzen zentral (siehe auch Frage 5 und 6). Darüber hinaus werden für die (Fort-)Entwicklung die inhaltlichen Initiativen einbezogener gesellschaftlicher Träger berücksichtigt. Weiterhin ist in Bezug auf bestehende Programme, die – wie das Bundesprogramm Demokratie Leben! – in gemeinsamer Förderung mit dem Bund erfolgen, die künftige Ausgestaltung der entsprechenden Programmrichtlinien des Bundes und der dort enthaltenen Definition der Zielgruppen maßgeblich.

Über neuere Phänomene und Entwicklungen sowie über die stärkere Sichtbarkeit extremistischer Positionen in Sozialen Medien, verändert sich der Schwerpunkt in Richtung der Angebote für Erwachsene. Die LpB behandelt Erwachsene als wichtige Zielgruppe. Im Rahmen der sekundären und tertiären Extremismusprävention liegt der Fokus der Polizei – konkret dem konex – ebenfalls bei Erwachsenen. Aufgrund der aktuellen Dynamik in diesem Phänomenbereich werden auf wissenschaftlicher Basis Beratungsmethoden sowie die Auswertung von Forschungsergebnissen oder relevanten Ereignissen, in einem gesonderten Aufgabenfeld des konex, weiterentwickelt. So kann flexibel auf neue Entwicklungen in den verschiedenen Phänomenbereichen bzw. für bestimmte Zielgruppen reagiert werden. Je nach Bedarf bindet das konex sein breites Netzwerk an zivilgesellschaftlichen und sicherheitsbehördlichen Partnerinstitutionen ein, um auf die jeweiligen Bedürfnisse der Klientinnen und Klienten zu reagieren.

Zusammen mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sowie der Landeskriminalprävention wurde ein breit gefächertes Angebotsportfolio entwickelt: Dieses bietet radikalisierten Menschen und deren engem sozialen Umfeld sowie Fachkräften Unterstützung und Beratung gegen religiös und politisch motivierten Extremismus. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport ist zudem im Lenkungsausschuss konex vertreten.

Die kriminologische Dunkelfeldforschung belegt, dass die Prävalenz strafrechtlich relevanter, extremistischer Handlungen, anders als im polizeilichen Hellfeld, bei jungen Menschen hoch bleibt. Daher müssen Präventionsmaßnahmen mit einem Fokus auf junge Menschen weiterhin durchgeführt werden, auch weil diese Maßnahmen bis in das Erwachsenenleben hinein nachhaltig prägend wirken. Gleichzeitig wird die Erwachsenenbildung gefördert, da dieses Wirkungsprinzip im Rahmen der Vorbildfunktion von Erwachsenen auch umgekehrt gilt.

Darüber hinaus wird auf die Beantwortung zu Frage 5 verwiesen.

*10. welche Möglichkeiten sie der Digitalisierung bei der Ausgestaltung künftiger Programme für Extremismusprävention beimisst.*

Zu 10.:

Die Digitalisierung bietet vielfältige – auch zusätzliche – Möglichkeiten für die Ausgestaltung von Programmen der Extremismusprävention und wird zukünftig die notwendigen analogen Austauschräume dauerhaft ergänzen. Insbesondere seit Frühjahr 2020 und unter den Umständen der Corona-Pandemie hat sich erwiesen, dass digitale Formate geeignet sind, bestimmte Zielgruppen gezielt (auch niederschwellig) anzusprechen und hierbei sozialbegünstigende Faktoren, wie Zeit- und Kostenersparnis durch wegfallende Anfahrtswege; oder Lernen im eigenen Lern-tempo bei E-Learning-Angeboten, zu verstärken. Die Landesregierung unterstützt vor diesem Hintergrund die digitale Neu- und Fortentwicklung von Angeboten.

Ein Beispiel ist die Kampagne RespektBW der Landesregierung, die Social-Media-Kanäle bewusst einsetzt, um Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene für die Gefahren von Hass und Hetze im Netz zu sensibilisieren. Gerade Social-Media-Kanäle werden häufig von Personen aus dem extremistischen Bereich als Plattformen für die Erstkontaktaufnahme mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen genutzt. Aus diesem Grund müssen diese „digitalen Räume“ auch Orte der medienpädagogischen Erziehung und Aufklärung sein.

Im Kontext der polizeilichen Prävention PMK sind der digitalen Umsetzung aufgrund bestimmter Regelungen (sichere Abgrenzung von Extremisten und sonstigen Teilnehmenden) Grenzen gesetzt. Die Einhaltung dieser Vorgaben werden durch digitale Formate erschwert, da beispielsweise eine Zugangskontrolle wie bei einer realen Veranstaltung nicht umgesetzt werden kann. Dennoch werden auch in der Extremismusprävention in BW unterschiedliche methodische Ansätze, Strukturen und Ziele im Zuge der Digitalisierung verwirklicht (z. B. digitale Schulungen von Beratungs- und Fachkräften, Entwicklung eines E-Learning-Programms „Gemeinsam gegen Extremismus“ siehe Frage 4).

In Vertretung

Klenk

Staatssekretär